



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die CDU-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Woche turnusgemäß ihren Vorstand sowie die jeweiligen fachpolitischen Sprecher neu gewählt. Dabei wurde ich mit 98,5 Prozent in meinem Amt als integrationspolitischer Sprecher bestätigt.

Über dieses Ergebnis und dem damit verbundenen Vertrauensbeweis der CDU-Fraktion in meine bisherige Arbeit freue ich mich sehr. Insgesamt zeigen die guten Ergebnisse für den bisherigen Fraktionsvorstand und der anderen Fachsprecher (allesamt über 90 Prozent Zustimmung), dass wir in der Fraktion gut zusammenarbeiten und mit unserem Vorstand ein starkes Team bilden.

Das ist umso wichtiger, weil die Zeiten herausfordernd sind und vermutlich erst einmal auch bleiben werden. Als CDU-Landtagsfraktion stellen wir uns aber unserer Verantwortung, ducken uns nicht weg und arbeiten konstruktiv zusammen, um für die Menschen in unserem Land die besten Lösungen für diese Herausforderungen zu finden. In der CDU-Fraktion dabei für eines der wichtigsten Themen dieser Zeit, dem aktuellen Migrationsgeschehen, zentral verantwortlich zu sein, ist für mich eine spannende Aufgabe – und auch eine Ehre.

Mit dieser Ausgabe meiner Landtagsschau möchte ich Sie wieder in gewohnter Weise über die wichtigsten Themen dieser Plenarwoche kurz & knapp informieren:

- **Damit die Kita offenbleibt – Landesregierung passt erneut Personalverordnung an**
- **Vertane Chance für Reform der Krankenhausversorgung im Bund**
- **Mit Ambition und Akzeptanz zu neuen Rekorden bei der Windenergie**

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, Informationen brauchen oder Anregungen geben möchten, freue ich mich auf eine Mitteilung von Ihnen.

Herzliche Grüße

Damit die Kita offenbleibt

Landesregierung passt erneut Personalverordnung an

Die Landesregierung unternimmt große Anstrengungen für eine verlässliche Kindertagesbetreuung. Wir investieren gezielt in die frühkindliche Bildung und stellen dafür im kommenden Jahr eine halbe Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung und damit insgesamt 5,6 Mrd. Euro. Dennoch kann es zu eingeschränkten Betreuungszeiten kommen, für die der Fachkräftemangel verantwortlich ist. Eine aktuelle Studie kommt nämlich zu dem Ergebnis, dass das Personalreservoir für die Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen weitestgehend erschöpft ist. Das bedeutet: Wer in einer Kita arbeiten kann und will, tut dies meist bereits.

Die Landesregierung hat deshalb im engen Schulterschluss mit den Kommunen und den Trägern die Personalverordnung für Kitas erneut angepasst. Sie schafft so die rechtlichen Voraussetzungen, damit mehr Personal in den Kitas arbeiten und Bestandspersonal flexibler eingesetzt werden kann. Die neue Personalverordnung ermöglicht Trägern beispielsweise, in Phasen des akuten Personalnotstands verstärkt Ergänzungskräfte in der Betreuung einzusetzen.

Ergänzungskräfte sind zum Beispiel Kinderpfleger, die eine mehrjährige Ausbildung abgeschlossen haben. Diese Möglichkeit kann bis zu sechs Wochen in Anspruch genommen werden. Außerdem wird die Integration von Fachkräften mit ausländischen Abschlüssen vereinfacht. Personen mit anderen Berufen können zudem als profilrelevante Kräfte nach Schulung und unter Anleitung des Kita-Personal unterstützen.

So werden Schließzeiten der Kitas reduziert und Familien entlastet. Dies ist auch im Interesse der Träger, die einen Betreuungsvertrag zu erfüllen haben. Der Landeselternbeirat Nordrhein-Westfalen hat die neue Personalverordnung daher auch ausdrücklich begrüßt.



Besuch einer Kita in Senden - Ottmarsbocholt

Vertane Chance für Reform der Krankenhausversorgung im Bund

Der Bundesrat hat vor kurzem den Weg für das Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) freigemacht. Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat dem bayerischen Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses zugestimmt, um noch kurzfristige Verbesserungen des KHVVG zu bewirken.

Leider gab es für dieses Vorgehen im Bundesrat keine Mehrheit. Unser Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat sowohl in seiner Rede im Bundesrat als auch in einer Protokollerklärung klargestellt, wo die Schwächen dieses Bundesgesetzes liegen: Unter anderem sind die Vorgaben für Facharztstandards so eng gefasst, dass nicht nur, aber gerade in ländlichen Regionen die geforderten Facharztzahlen nur schwer erreicht werden können.

Das hat zur Folge, dass Krankenhäuser Gefahr laufen, bestimmte Leistungen, wie die Behandlung von Notfällen, nicht mehr anbieten zu können. Die Bundesärztekammer hat im Vorfeld der Bundesratssitzung vor der Gefahr von Versorgungsengpässen gewarnt. Ein weiteres Beispiel sind die Finanzierungsregeln, die nicht ausreichen, um unsere Krankenhäuser von ökonomischen Zwängen zu befreien.

Diese und weitere Punkte hätten im Vermittlungsausschuss zum Besseren geändert werden können. Denn dass wir eine Reform der Krankenhausversorgung brauchen, ist unbestritten – das hat unser Gesundheitsminister immer wieder deutlich gemacht. Deswegen hat er auch weit vor der Bundesreform eine Umgestaltung der



Krankenhausplanung auf Landesebene auf den Weg gebracht, die bereits im nächsten Jahr umgesetzt wird. Da wesentliche Teile der Reform auf Bundesebene erst 2027 in Kraft treten sollen, besteht auch trotz der Abstimmung im Bundesrat noch Hoffnung, mit einer neuen Bundesregierung an den relevanten Stellen nachsteuern zu können.

Mit Ambition und Akzeptanz zu neuen Rekorden bei der Windenergie

Mit dem Ansatz Ambition und Akzeptanz schaffen wir in Nordrhein-Westfalen bei der Windenergie die besten Ausbauzahlen bundesweit und sorgen zugleich dafür, dass der Ausbau breite Akzeptanz in der Bevölkerung findet.

Die jüngst veröffentlichten Daten für 2024 belegen dies eindrucksvoll: Von Januar bis Oktober wurden 558 Windenergieanlagen (WEA) mit einer Leistung von 3.311 Megawatt (MW) neu genehmigt. Damit haben wir einen neuen Bundesländer-Genehmigungsrekord aufgestellt, denn noch nie wurde in einem Jahr so viel Windenergie-Leistung genehmigt (bisheriger Rekord: 2016 Niedersachsen – 2.665 MW).

2023 wurden in Nordrhein-Westfalen noch 1.753 MW WEA-Leistung genehmigt. Diese Zahlen zeigen, dass wir dem Zubau der Windenergie zu einer bis dato nicht gekannten Dynamik verholfen haben. Im bisherigen Jahresverlauf wurden zudem 117 WEA mit 575 MW Leistung in Betrieb genommen. Wir sind auf einem guten Weg, unser Ziel von 1.000 neuen WEA bis 2027 zu erreichen. Dies stärkt auch unseren Wirtschaftsstandort.

Damit der Zubau der Windenergie auf in den Regionen akzeptierte Flächen gelenkt und Wildwuchs verhindert wird, setzen wir uns auf Bundesebene für wirkungsvolle Steuerungsoptionen ein. Die Akzeptanz in Kommunen und Kreisen wird schließlich auch durch Fragen bezüglich Haftungsregelungen und Regelungen zu Schadensersatzansprüchen berührt. Als Genehmigungsbehörden für WEA tragen diese aufgrund von Unklarheiten im Wind-an-Land-Gesetz des Bundes nicht unerhebliche Haftungsrisiken. Im Bundesrat haben wir bereits erfolgreich eine Mehrheit für die Forderung nach einer Begrenzung dieser potenziellen Schadensersatzansprüche organisiert. Aufgrund des Scheiterns der Bundesregierung steht das weitere Verfahren jedoch noch aus.



Landeshaushalt 2025

**MACHEN,
WORAUF ES
ANKOMMT.**



7100

zusätzliche Lehrkräfte,
Sozialpädagogen, Schulpsychologen
und Alltagshelfer an unseren Schulen

**2000 ×
1000**

Euro im Förderprogramm
für das Ehrenamt